

## INTERVIEW „Es fehlen circa 40 000 Sirenen“



Im Nachgang zum diesjährigen bundesweiten Warntag sprachen wir mit Benno Schrief, Geschäftsführer des neu gegründeten Verbands der Hersteller von Bevölkerungswarnsystemen (VHBW), über Bevölkerungsschutz und den neuen Verband, der schon Kontakte zum Bayerischen Gemeindetag und zum Bayerischen Städtetag geknüpft hat.

FOTO: VHBW

**BSZ Welches Fazit ziehen Sie aus dem diesjährigen Warntag?**

**BENNO SCHRIEF** Wir als VHBW beurteilen den Warntag positiv. Die Bevölkerung wurde in hohem Maße erreicht, wie auch die erste Auswertung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zeigt. Ob Cell Broadcast oder Warnapps, diese Warnwege sind jedoch anfällig. Wer sein Handy aus oder in einem anderen Raum liegen hat, dem kann die Warnung leicht entgehen. Wir müssen nur einen Blick ins Ahrtal werfen: Während der Flutkatastrophe ist ein Großteil der Mobilfunkinfrastruktur ausgefallen. Im Warnmittelmix muss man das berücksichtigen. Da sind wir bei der Sirene. Sie bleibt nach wie vor das verlässlichste und durchschlagskräftigste Mittel im Warnmittelmix. Kein anderes Warnmittel hat eine so gute Weckfunktion.

**BSZ Wie ist es mit der Sirenenwarnung in Deutschland bestellt?**

**SCHRIEF** Das Sirenenetz ist nicht mehr flächendeckend. Es fehlen circa 40 000 Sirenen. Ganz genau weiß man das nicht, da es kein zentrales Sirenenkataster gibt. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurden rund 45 000 Sirenen abgebaut. Momentan gibt es circa 40 000 Sirenen in Deutschland. Sie sind aber teilweise nicht zentral ansteuerbar. Das gesamte Sirenenetz muss überprüft werden, da sich die Technik weiterentwickelt hat. Heutzutage gibt es beispielsweise elektronische Sirenen, die einen anderen Abstrahlwinkel besitzen und effizienter warnen. Diese verbesserten Warnmöglichkeiten könnten eine Neubewertung und Anpassung des Systems erforderlich machen. In den nächsten zehn Jahren wird voraussichtlich eine Milliarde Euro benötigt, um das Sirenenetz umfassend auszubauen und zu vernetzen.

**BSZ Welche Ziele verfolgt der Verband der Hersteller von Bevölkerungswarnsystemen?**

**SCHRIEF** Neben der Interessenvertretung der Sirenenhersteller und der Bündelung gemeinsamer Anliegen wollen wir den Kommunen beratend zur Seite stehen. Darüber hinaus führen wir Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, wie dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie den regionalen Verbänden, um über bestehende Lösungen aufzuklären. Ein weiteres wichtiges Thema sind Normungsfragen, an denen wir aktiv mitwirken. Derzeit bereiten wir das gesamte Thema weiter auf und strukturieren es neu, da es bisher hauptsächlich von den Herstellern selbst bearbeitet wurde. Es gibt über 40 Schnittstellen, die wir zukünftig betreten wollen. Unser Verband soll zum Beispiel auch als Bindeglied zur Politik fungieren. Der Aufbau dieses Netzwerks steht jedoch am Anfang. Erfreulich ist, dass sowohl die Innenministerien als auch die kommunalen Spitzenverbände diese neue Einheit sehr positiv aufnehmen.



Moderne Sirenen sind wichtig für den Bevölkerungsschutz.

FOTO: SCHWEINFURTH

Politik fungieren. Der Aufbau dieses Netzwerks steht jedoch am Anfang. Erfreulich ist, dass sowohl die Innenministerien als auch die kommunalen Spitzenverbände diese neue Einheit sehr positiv aufnehmen.

**BSZ Können Sie uns ein Beispiel ihrer Verbandsarbeit nennen?**

**SCHRIEF** Ein zentrales Thema waren die Fördermittel und die damit verbundenen Prozesse. Die Förderungen werden von Bundesland zu Bundesland teilweise unterschiedlich genehmigt oder abgelehnt. Ein weiterer Punkt sind die strengen Fristen: Wenn zum Beispiel eine Sirenenanlage nicht innerhalb einer bestimmten Frist installiert wird, gibt es keine Auszahlung der zugesagten Mittel. Das führt oft zu Spannungen zwischen Hersteller und Kommune, da beide die Verantwortung auf die jeweils andere Seite – Land oder Bund – schieben. Es ist notwendig, hier für mehr Klarheit zu sorgen. Das sprechen wir an. Wir müssen ein einheitliches Vorgehen entwickeln, um zum Beispiel die Fristen zu verlängern und die Planungen von vornherein auf längere Zeiträume auszurichten. Als ersten Erfolg unserer Bemühungen konnten wir erreichen, dass einige Fristen, die ursprünglich bis 2024 gelten sollten, nun bis 2028 verlängert werden.

Interview: RALPH SCHWEINFURTH

## Was Regenwassernutzung bringt

## Die perfekte Lösung

Sowohl wenn Wasser knapp wird, als auch wenn zu viel davon vom Himmel fällt ist die Nutzung von Regenwasser eine perfekte Lösung. Mit einfachen Mitteln lässt es sich sammeln und für trockene Zeiten speichern. Später wird es für die Bewässerung, das Wäschewaschen und die Toilettenspülung genutzt. Wird Starkregen bei Unwetter in einen Speicher geleitet, überflutet er nicht die Straßen. Er nimmt das Wasser wie ein Schwamm auf, bevorratet es und von dort kann es später wieder entnommen werden. Viele kleine, dezentrale Regenspeicher bilden in Summe sehr große Rückhaltevolumen für den Hochwasserschutz. Um es später Nutzen zu können ist es wichtig, das Wasser zu filtern, bevor es in den Speicher gelangt. Nur so bleibt es frisch und lagerfähig und garantiert einen reibungslosen Betrieb nachgeschalteter Pumpen. > BSZ



So sieht ein unterirdischer Großspeicher aus.

FOTOS: WISY



Praxisbeispiel: Die bewährten WISY Wiesel-Fein-Filter WFF 300 sind im neuen Google Hauptquartier in Manhattan (New York) im Einsatz.

## Das Aktionsbündnis Trassengeegner feiert zehn Jahre Widerstand gegen Kohletrassen

## Wie sich Erfolg misst

Zehn Jahre Widerstand – wirkt! Diese Zwischenbilanz zog das in Mittelfranken gegründete, aber weit über Bayerns Landesgrenzen hinaus gewachsene „Aktionsbündnis Trassengeegner“ dieser Tage in Altdorf bei Nürnberg. Bei dem „Feierstunde“ genannten Treffen waren vor allem Bürgerinitiativen (BI) dabei, die sich gegen die Hochspannungs-Gleichstromtrassen (HGÜ) Sued-Link und SuedOstLink, aber auch gegen den Neubau der „Juraleitung“ zwischen Raitersaich (Kreis Fürth) über Ludersheim (Nürnberg Land) bis nach Altheim (Niederbayern) wenden.

Ursprünglicher Grund für den Zusammenschluss zahlreicher Bürgerinitiativen waren die Pläne für jene Nord-Süd-HGÜ. Zur Erinnerung: Bis 2022, dem einst geplanten Abschalten der deutschen Atomkraftwerke, sollten Sued-Link oder SuedOstLink fertig sein: Eine Vorgabe, an die sich offensichtlich selbst Tennet-Chef (CEO) Tim Meyerjürgens nicht mehr erinnert, wie ein Interview in den *Nürnberger Nachrichten* vor wenigen Tagen zeigt.

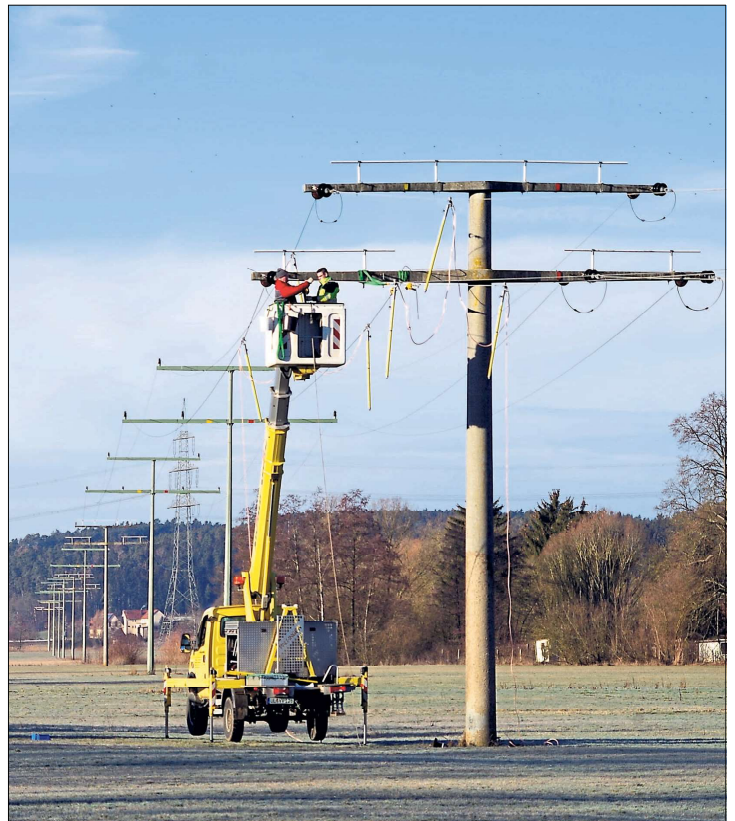
## Trassen sind keine Lösung

Doch laut Bündnissprecherin Dörte Hamann aus Weißenbrunn „haben wir gehandelt – auch als Ampriom einst gesagt hat, die Trasse ist gesetzt.“ Inzwischen wurde zwar der zuständige UNB getauscht – jetzt plant die in Bayreuth ansässige Tennet SE die Trassen im Süden. Doch bis heute gibt es von den Nord-Süd-HGÜ nur Bruchstücke – die Initiativen sehen das auch als ihren Erfolg. „Aber wir legen nicht nur den Finger in die Wunde dieses Super Grid. Wir erarbeiten auch Lösungen für eine nachhaltige, bezahlbare Energieversorgung“, erklärt Hamann, für viele „das Gesicht“ der Trassengeegner. „Denn Trassen sind keine Lösung. Wir wollen eine dezentrale, erneuerbare, bürgerfinanzierte Stromerzeugung mit Speichern.“

## Sorge um Stromkosten

Und gerade deshalb gelte es, unbedingt zwischen Übertragungs- und Verteilnetzausbau zu unterscheiden. Denn in die Mittelspannungsleitungen von Verteilnetzbetreibern wie N-Ergie in Franken oder Bayernwerk in Ostbayern speisen die Wind-, Solar- oder Biogaskraftwerke ihren erzeugten Ökostrom ein. Doch anders als die Höchstspannungsleitungen stünden diese Verteilnetze zu wenig im Blick der zuständigen Bundesnetzagentur: eine Kritik, die im Altdorfer Kulturtreff Baudergraben immer wieder aufkam.

Dabei waren übrigens auch Menschen, die nicht direkt den BI zuzurechnen sind. Armin Kroder zum Beispiel, der Landrat des Kreises Nürnberger Land von den Freien Wählern (FW). „Ich werde bei meinen Freien Wählern noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Ich werde das auch weiterhin bei Hubert Aiwianger versuchen“, dem FW-Landes- und Bundeschef, gleichzeitig Bayerns Energie- und Wirtschaftsminister.



Damit in Bayern vor allem die vielen PV-Anlagen ihren Ökostrom ins Netz einspeisen können, müssen die regionalen Verteilnetze ausgebaut werden. Stromautobahnen von Nord nach Süd bringen nur Windstrom von den norddeutschen Küsten nach Süddeutschland. Diese Trassen zu bauen, ist sehr teuer.

FOTO: WRANESCHITZ

Kroder sorgt sich konkret um die Stromkosten für Bürger\*innen und Wirtschaft. Zwar interessiere das Trassenthema bislang nur wenige Menschen. Doch eine aktuelle Zahl dürfte auch die Desinteressierten aufschrecken: Über 320 Milliarden Euro koste der im aktuellen Netzentwicklungsplan festgelegte Ausbau der Höchstspannungs-Übertragungsnetze – einst waren 30 Milliarden genannt worden. „Die Kosten werden auf den Strom umgelegt, das treffen jeden, damit bekommt das Ganze eine soziale Dimension“, erklärt Kroder und denkt vor allem an die weniger betuchten Teile der Bevölkerung. „Kaum ein Politiker kennt die Zahl von über 320 Milliarden Euro“, ergänzte Hubert Galozoy vom Aktionsbündnis und wünscht sich deshalb: „Sprechen Sie ihre Abgeordneten drauf an.“

Auch Umweltorganisationen wie der BUND, der sich in Bayern Bund Naturschutz nennt, engagieren sich „gegen den überzogenen Ausbau der HGÜ- und Drehstromtrassen der UNB. Energiewende geht nur mit Bürgerbeteiligung vor Ort“, ist Werner Neumann überzeugt. Der promovierte Energieexperte aus dem BUND-Landesvorstand Hessen sorgt sich um eine umwelt- und verbraucherfreundliche Energieversorgung: „Wir sind dabei, die Energiewende an die Wand zu fahren.“ In seine Kritik schließt Neumann den Grünen

Klimaschutzminister Robert Habeck ausdrücklich ein.

Die Landwirtschaft trete ebenfalls für die dezentrale Energieversorgung ein, erklärte Jochen Loy. Für den mittelfränkischen Geschäftsführer des Bayerischen Bauernverbands BBV, ist „die nassforstliche Art von Tennet“ ein Ärgernis. „Tennet geht an das Thema Übertragungsnetzausbau so ran, dass man sieht: Geld spielt keine Rolle“, bekundete Loy im Hinblick auf einen Rahmenvertrag mit recht hohen Entschädigungssummen, den der BBV für seine Mitglieder mit dem UNB abgeschlossen hat. Doch „im Grundsatz“ sei der BBV gegen die Trasse, so Loy auf Nachfrage.

## Dient dem Stromhandel

Eine der Trassen, die das Aktionsbündnis aktuell zu verhindern versucht, ist die sogenannte „Juraleitung neu“ zwischen dem Roßlaler Ortsteil Raitersaich und Ludersheim, einem Stadtteil von Altdorf. Die soll auf neuer Trasse und mit 380 statt bisher 220 Kilovolt Strom übertragen und weiter nach Aktheim in Niederbayern führen. Laut BUND-Mann Neumann hat auch diese Leitung nichts mit der Energiewende zu tun, sondern „dient dem internationalen Stromhandel der Konzerne. Die Kosten tragen wir aber alle.“

Doch während die Menschen rund um das Umspannwerk (UW) Ludersheim gegen die neue Juraleitung insgesamt kämpfen, ist man in den Landkreisen Fürth und Ansbach offenbar schon damit zufrieden, dass das UW Raitersaich um einige hundert Meter weg vom Ort verlegt werden soll. „Tennet handelt eiskalt, ist nur auf den eigenen Vorteil bedacht“, da ist sich der Altdorfer Bürgermeister Martin Tabor (SPD) sicher. Deshalb fordert er die BI sowie Verantwortliche aus Roßtal oder Großhabersdorf auf, sich „doch mal in Ludersheim umzusehen“ und im Aktionsbündnis mitzumachen. So wie jene BIs aus den Nürnberger Ortsteilen Kornburg und Moorenbrunn, die sich vor einiger Zeit angeschlossen haben.

Anders dagegen Kommunalpolitiker aus der Stadt Nürnberg: Von denen ist immer noch vor allem die Forderung zu hören, Tennet möge die Masten der „Juraleitung neu“ zwischen dem Roßlaler Ortsteil Raitersaich und Ludersheim, einem Stadtteil von Altdorf. Die soll auf neuer Trasse und mit 380 statt bisher 220 Kilovolt Strom übertragen und weiter nach Aktheim in Niederbayern führen. Laut BUND-Mann Neumann hat auch diese Leitung nichts mit der Energiewende zu tun, sondern „dient dem internationalen Stromhandel der Konzerne. Die Kosten tragen wir aber alle.“

„Die Menschen müssen den Blick über das Lokale hinaus richten. Sie müssen sich besinnen auf ihre Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen“, hat Dörte Hamann für alle als Rat parat. Und: „Eine Stromtrasse nicht zu bauen ist realistisch und technisch möglich. Denn wie man sieht: Widerstand wirkt.“

&gt; HEINZ WRANESCHITZ

## Mit mehr Kapazitäten für Außengastronomie will Nürnberg die Innenstadt beleben

## Kostenlos Stühle für Gäste aufstellen

Zur weiteren Aktivierung und Belebung der Innenstadt hat der Nürnberger Stadtrat vor Kurzem zeitlich befristete Sondermaßnahmen genehmigt. So können ab sofort Gastronomiebetriebe in der Königstraße (Teil der Nürnberger Fußgängerzone) bestehende Bestuhlungsflächen für die Außengastronomie ohne zusätzliche Kosten erweitern. Zudem werden in

Innenstadtlagen mit Leerstand auch Aktionen von externen Anbietern erlaubt, sofern diese hochwertig sind und die Umgebung aufwerten. Mit den beiden zeitlich auf zwei Jahre befristeten Sondermaßnahmen sollen bestimmte Areale der Innenstadt verstärkt belebt und attraktiver gestaltet werden.

„Die Innenstädte sind im Wandel. Gemeinsam wollen wir diesen

Wandel auch in Nürnberg positiv gestalten. Ein wichtiger Baustein dabei ist eine attraktive und lebendige Gestaltung unserer Innenstadt. Durch die gebührenfreien zusätzlichen Außenbestuhlungsflächen in der Königstraße schaffen wir hier einen zusätzlichen Anreiz zur Belebung. Auch durch das Zulassen von Werbeaktionen im Bereich von Leerständen bele-

ben wir das unmittelbare Umfeld“, erklärt Nürnbergs Wirtschaftsreferentin Andrea Heilmair.

Sondernutzungen im Rahmen der beiden zeitlich befristeten sogenannten Pilotprojekte „Königstraße“ sowie „Promotion“ bedürfen jedoch der vorherigen individuellen Abstimmung und Genehmigung durch das Liegenschaftsamt der Stadt Nürnberg. > BSZ